

Seminar:

**Die sozio-ökonomischen Voraussetzungen für
Wirtschaftsreformen in der Russischen Föderation, der Ukraine
und in Belarus – Analyse und Vergleich**

Winter-Semester 2012/2013 – SE31208
Dienstags 12.00-14.00 Uhr
wöchentlich

Einführungsvorlesung

I. Das Scheitern der sozialistischen Volkswirtschaften

Die sozialistische Plan- und Staatswirtschaft der Sowjetunion brach zusammen, als das über 80jährige Steuerungssystem von Partei und Staat zusammenbrach. Vorher hatten die Akteure – Partei und Staat – den Versuch unternommen, mit begrenzten Reformschritten (Glasnost, Perestroika) die seit einem Jahrzehnt und noch länger beobachtete Stagnation der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu dynamisieren. Wie die Forschung ermittelte, haben die sowjetischen Geheimdienste die im Vergleich zu den westlichen Volkswirtschaften abnehmende Leistungsfähigkeit (Produktivität Faktor Arbeit; Prof. Saslawskaja) und die abnehmende Fähigkeit der sowjetischen Wirtschaft dargelegt, die militärischen Forderungen und die von der politischen Führung

gewollte schrittweise Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung zu realisieren. Aber unternehmerisches Handeln konnte innerhalb des kommunistischen Herrschaftssystems es nur im informellen Sektor (nicht registrierter, außerhalb der Rechtsordnung stehender, nicht besteuert informeller Handel und die autorisierte Hoflandwirtschaft) geben.

Die Preisgabe des Machtmonopols der Partei durch Gorbatschow – die Partei widersetzte sich den Wirtschaftsreformen) gab Raum für unabhängige politische Strömungen, die sich vor allem in der Wiedergeburt nationaler und staatsautoritärer Strömungen manifestierten. Ausländische Berater kamen nach der Verabschiedung der Paris Charter der KSZE-Mitgliedstaaten vom November 1990 zur Umwandlung der kommunistischen Staatsordnungen in pluralistische Demokratien, liberale Marktwirtschaften und unabhängige Justizsysteme ins Land.

Auf der strategischen Ebene stimmten somit die Führer der Sowjetunion und anderer Ostblockstaaten mit den Pariser Dokumenten vom November 1990 der Umwandlung ihrer Staaten und Gesellschaften in pluralistische Demokratien mit Gewaltenteilung, unabhängiger Justiz und Marktwirtschaft sowie dem Respekt für die Menschenrechte des Einzelnen zu.

Die sozio-ökonomischen Voraussetzungen für diese nun vereinbarten fundamentalen Reformen waren in den seltensten Fällen gegeben, ganz zu schweigen von den für die politische und administrative Umsetzung erforderlichen politischen Kräften und der fachlichen Expertise in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Mit Ausnahme von Polen, wo seit 1955 die kleinen Landwirte, die kleinen Gewerbetreibenden und der kleine Handel **verfassungsrechtlich** als selbständige Unternehmer geschützt waren, gab es weder die politischen Reformkräfte für die Umsetzung so weitgehender

Reformen – sie waren von der Revolution 1917/1918 und ihren Verwaltern vernichtet und in Jahrzehnten durch die Instrumente und die Lehrgebäude der sozialistischen Staats- und Planwirtschaft mit Abhängigen in allen Ebenen ersetzt worden noch auf der Seite der Wirtschaft die Unternehmer, die systematisch hätten zu Werke gehen können. Das juristisch geformte und wirtschaftlich handlungsfähige Institut des Unternehmers war aus dem sozialistischen System eliminiert und als Ausbeuterklasse dem kapitalistischen System zugeordnet worden.

Das Leistungsgefälle zwischen den sozialistischen Staats- und Planwirtschaften und den kapitalistischen, in einigen Fällen sozial abgesicherten Volkswirtschaften war offenkundig geworden. Diese Symptome wurden im sowjetischen beherrschten Raum wahrgenommen und waren einer der der auslösenden Faktoren für die weitreichenden Reformbeschlüsse der Staats- und Regierungschefs der an dem KSZE-Prozess beteiligten Staaten auf der Pariser Konferenz vom November 1990.

Institute oder politische und berufsqualifizierte Kräfte zur Analyse der Defizite der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und für die Erarbeitung von Grundsätzen einer Reformpolitik gab es nicht, mit der unter Wahrung der Handlungsfähigkeit von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft Veränderungen mit dem Ziel hätten eingeführt werden können, die Wirtschaft vom Rüstungsbereich auf den hohen Nachholbedarf der maroden Infrastruktur umzustellen, die Einkünfte aus Rohstoffen zur Finanzierung dieses Bedarfs und anderer Defizitbereiche des Landes einzusetzen und den Umbau der Staatswirtschaft auf Privates- und Gesellschaftliches Eigentum an Wirtschaftsobjekten einzuleiten. Dem Konsum – der Versorgung der Bevölkerung hätte aus sozialen und politischen Gründen unverzüglich hohe Priorität eingeräumt werden müssen.

Die Auflösung der Sowjetunion lies nationale und staatlich autoritäre Traditionen aus vorsowjetischer und sowjetischer Zeit an die Schalthebel der Macht kommen, die fehlende Sachkompetenz durch Konzept-Importe vornehmlich aus den USA und von der Europäischen Union ersetzt. Damit kamen sie gleichzeitig westlichen auf die Paris-Konferenz vom November 1990 zurückgehenden Vorgaben (Marktwirtschaft, Demokratie, unabhängige Justiz, Menschenrechte) nach.

Konjunktur hatte die Einführung eines **reinen** kapitalistischen Systems unter staatlich-nationaler Kontrolle oder in den Händen von Oligarchen. Die soziale Dimension wurde vernachlässigt (Ausbreitung der Armut und des Chaos) und später – im System Putin-Medwedew - durch ein staatlich-patriarchalisches, aus Öl-und Gaseinnahmen finanziertes Sozialsystem bedient.

Unter diesen Rahmenbedingungen können sich pluralistische politische Strukturen, die wissenschaftliche Ursachenforschung über die prinzipiellen Fehler und Defizite sozialistischen Staats- und Planwirtschaftliches Systeme, sowie gesellschaftliche Kräfte zur Umsetzung einer auf der Achtung der Grundrechte des Bürgers beruhenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mit regional und global konkurrenzfähigen Produkten kaum oder nur sehr langsam entfalten.

Deutsche Berater standen kaum zur Verfügung, da sie mit der Umwandlung der früheren DDR-Wirtschaft in einen integralen Bestandteil der demokratischen und sozial abgesicherten Marktwirtschaft der alten Bundesrepublik beschäftigt waren - ein Unterfangen, für das in zwanzig Jahren 2.000 Milliarden DM (1.000 Mrd. €) aufgewendet wurden und das keinesfalls als abgeschlossen angesehen werden kann.

II. Kann Soziale Marktwirtschaft in den osteuropäischen Volkswirtschaften entwickelt werden?

Aus grundsätzlichen Erwägungen sollte der Versuch unternommen werden, die Transformations-Problematik auch in Bezug auf Russland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und ihre Volkswirtschaften zu untersuchen und Vorschläge für Zukunftspläne zu entwickeln. Deshalb stellt die Thematik dieses Seminars auf die Frage nach den sozio-ökonomischen Voraussetzungen sozialer Marktwirtschaft in Russland und den anderen beiden hier zur Diskussion stehenden Länder ab. Die Übergangszeit ist von der Rente getragen, die aus der nicht auf unbestimmte Zeit zur Verfügung stehenden Rohstoffförderung (Öl, Gas, Gold etc.) und deren noch preisgünstige Vermarktung im Land und Profite optimierende Vermarktung auf den internationalen Märkten erwirtschaftet wird. Wann muss gewerbliche Wirtschaft mit ihrer Mehrwertproduktion an die Stelle der Rente treten? Wie kann international wettbewerbsfähige Produktion entstehen.

Wir werden also nicht nur Ursachenforschung über die Gründe des Scheiterns der sozialistischen Staats- und Planwirtschaft betreiben.

Wir werden aus Gründen der Orientierung für osteuropäische Volkswirtschaften auch die Gründe für den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland untersuchen müssen, die ja offensichtlich etwas anderes ist als einige andere Volkswirtschaften in der Europäischen Union und in den Amerika.

In diese mehr als sechzigjährige Entwicklung der deutschen Nachkriegswirtschaft sind die reichhaltigen, in Jahrhunderten entwickelten Formen urbaner Kultur, Wirtschaft, sozialer Körperschaften und die Produkte der wissenschaftlichen Potenziale des Landes eingeflossen und

dabei optimiert worden – ungeachtet des Umstandes, dass die gebauten urbanen Strukturen in Deutschland durch den Luftkrieg fast vollständig zerstört worden waren und das Land mit seinen vierzig Millionen Menschen in diesem Teil des früheren Deutschlands nach 1945 etwa 15 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene und anschließend Millionen ausländischer Zuwanderer integriert hat.

Diese Zuwanderung macht den Erfolg dieser Volkswirtschaft zu einem erheblichen Teil aus - Er wird nun durch die Entwicklung der neuen Bundesländer komplettiert – wie lange das auch dauern mag.

Am Horizont zeichnet sich eine gesteuerte Einwanderung auf Dauer aus den EU-Mitgliedstaaten ab.

Dann werden wir uns Geschichte und Strukturen der sozialen und, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der osteuropäischen Volkswirtschaften anschauen, unter deren Nutzung die Komponenten spezifischer Formen **der sozialen Marktwirtschaft in Russland und anderen postsowjetischen Staaten** entwickelt werden könnten – ja vielleicht in Ansätzen bereits vorhanden sind.

In Deutschland hat eine wissenschaftliche Diskussion über diese Fragen begonnen. Die Lehrmeister des deutschen wirtschaftlichen Liberalismus halten - wie ihre angelsächsischen Kollegen - an der Trennung zwischen politischer also staatlicher Macht, Gewalt und Verantwortung einerseits und den unternehmerischen, also im Markt selbstverantwortlich operierenden Kräften der Wirtschaft andererseits fest, aber sie fügen - und das kommt in der Prägung des Begriffs „sozial“ zum Ausdruck - die Forderung der

Integration des Wirtschaftlichen Handels in die Gesellschaft („community“)

hinzu. Diese Integration stellt einen zusätzlichen Kostenfaktor dar, aber bringt einen Nutzwert von entscheidender Bedeutung für die Partnerschaft im Unternehmen und damit für die Qualität des Produkts, für die Flexibilität des Unternehmens am Markt, für die Lebensqualität von Gesellschaft und Individuum, auch der Arbeitnehmer und eine Ethik, die in den gesellschaftlichen Abläufen des Landes spürbar ist. Ludwig Erhard nannte diesen Prozess die Teilhabe des Arbeitnehmers am Wohlstand – auf der Grundlage der Partnerschaft, nicht auf der Grundlage einer karitativ motivierten Hilfsbereitschaft. Die Partnerschaft übersetzt sich in die Tarif-Hoheit der Sozialpartner Arbeiterschaft und Unternehmensführung bzw. Gewerkschaft und Arbeitgeberverband. Der Staat verabschiedet die Rahmengesetzgebung.

Nicht zu übersehen ist allerdings, dass der Erfolg und das weitere Entwicklungspotenzial dieser Volkswirtschaft in erheblichem Umfang auf die enorme Bandbreite des mittelständischen Gewerbes in Deutschland und einigen anderen Ländern zurückzuführen ist, das mit enormer Flexibilität auf Veränderungen des Marktes reagiert und mit der Entwicklung von wettbewerbsfähigen, den neuesten Stand der Technik selbst ausmachenden Produkten globale Marktführerrollen wahrnimmt. Dieses Potenzial wird durch die duale, d. h. praktische und theoretische Ausbildung von Fachkräften in über 300 Fachrichtungen unterstützt, eine Tatsache, die zum Schaden der internationalen Staatengemeinschaft beharrlich von der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) in Paris (über 80 Industriestaaten sind Mitglieder der OECD)

verdrängt wird. Viele Staaten sind dabei, dieses Modell bei sich einzuführen.

Die soziale Marktwirtschaft hat mit den in ihr zur Entfaltung kommenden Potenzialen offensichtlich weiteres Entwicklungspotenzial – auf den Gebieten der Produktvielfalt und Produkt-Qualität, der Herstellungsverfahren, der Optimierung in der Nutzung des Abfalls als Rohstoff, in der Qualifizierung der Arbeitskraft und in der Entfaltung unternehmerischer Strukturen. Umwelt, Klima, erneuerbare Energien, Energienutzung sind wichtige Antriebskräfte für die Erneuerung der industriellen Basis und der Lebensqualität der Bevölkerung.

Das regionale Kapitalaufkommen hat erheblichen Anteil an der Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft und an der Abfederung der Schwankungen spekulativer Finanzmärkte.

Vervollständigt wird der Überblick durch und mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Selbstverwaltung der Wirtschaft – in Form der Industrie- und Handelskammern, den Standards setzenden Institutionen für die Fachausbildung, mit den Außenhandelskammern in mehr als einhundert Ländern, mit den Industrie- und Wirtschaftsverbänden, Arbeitnehmer und Arbeitgeberorganisationen (Tarifverhandlungen) und schließlich mit den jährlichen internationalen Branchenmessen, die zum großen Teil in Deutschland stattfinden.

Die Politischen Stiftungen stellen im Land und im Ausland öffentliche Diskussionsplattformen für die gesellschaftlichen Fragen zur Verfügung.

Ich bringe die Entwicklung der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft - diesen Grundkonsensus in der Gesellschaft - mit dem Gesellschaftsentwurf von **Karl Popper „Open Society“ in einen unmittelbaren Zusammenhang**, deren Grundlage der einzelne Bürger ist, und deren gesellschaftliches Produkt **unbestimmt, nicht vorbestimmt ist**, sondern sich aus der Entwicklung der Gesellschaft selbst ergibt.

Nach Analyse der Gründe für das Scheitern der sozialistischen Plan- bzw., Verwaltungswirtschaft und nach Präsentation und auch Diskussion des Orientierungsmodells der sozialen Marktwirtschaft kommt dann im dritten Takt die Analyse der Wirtschaftsreformen auf die Tagesordnung, die in den drei Volkswirtschaften tatsächlich zustande gekommen sind. Es bedarf dann der Analyse, mit welchen Defiziten und Risiken die so entwickelten Volkswirtschaftssysteme zu tun haben, und welche Erfolge in volkswirtschaftlicher und politischer Hinsicht (Stabilität) erzielt worden sind oder zu erwarten sind. Welches Entwicklungspotenzial haben diese Volkswirtschaften?

III. Literatur:

Joachim Zweynert, „Shared Mental Models, Catch-up Development and Economic Policy Making“, (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv – HWWA, 2004, HWWA-Discussion Paper Nr. 288.

Eucken, Walter, „Die Grundlagen der Wirtschaft“, 1940

Müller-Armack, Alfred “Die wissenschaftlichen Ursprünge der sozialen Marktwirtschaft”, 1973